

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Credit-Anstalt, Dresden  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tagzeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoppitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-A.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Druck: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. Der Bezugspreis für 6 Monate beträgt 3,00 Mark, für 12 Monate 5,50 Mark, für 24 Monate 10,00 Mark. Bei den Postanstalten 5000 mal Schillingpost. Die Abnahme von 100 Exemplaren ist ein Ausfluß der auf Sparsamkeit gerichteten Bestrebungen. Der Rechtsausschuß des Reichstages handelt also nur folgerichtig, wenn er bei erneuter Durchberatung des Reichstagswahlgesetzes auch mit einem

Abbau der Abgeordnetenmandate sich beschäftigt. Deutschland ist ja viel stärker als irgend ein anderer Staat mit den Kosten für Parlamente belastet; weil im Reich noch ein jedes Land und Landteil sein eigenes Parlament besitzt, ein Zustand, der zwar sehr nützlich, nicht aber dem Reiche als solchem nützlich ist. Die Kosten der vielen Parlamente verschlingen einen großen Teil der Steuerkraft. Die Länderparlamente mit ihren allein 1500 Abgeordneten sind ein Luxus, den ein verarmtes Volk, das am Hungertuche nagt, sich überhaupt nicht leisten sollte. Zunächst müssen wir uns jedoch mit diesen Verhältnissen, die der Eigenbrödelerei entsprungen sind, noch abfinden, so unheimlich sie für den Begriff „ein deutsches Volk“ auch sind. Entschieden aber ist die Ansicht zu vertreten, daß unsere Parlamente viel zu umfangreich, deshalb zu schwerfällig und für uns zu kostspielig sind. Im Rechtsausschuß des Reichstages widersprach auch keine Partei außer der Deutschnationalen dem Plane, die Zahl der Abgeordneten herabzumindern. Nur über den Umfang dieses Abbaues herrschte Meinungsverschiedenheit. Reichstagspräsident Böbe hielt die Hälfte der Abgeordneten für genügend. Sein auf dem linken Flügel der SPD stehender Genosse Dittmann brachte einen Antrag ein, wonach künftig auf 80 000 statt auf 90 000 Wähler ein Abgeordneter entfallen — also eine Reduzierung der Mandate um ein Drittel eintreten sollte. Demokraten, Zentrum und D.V.P. sind grundsätzlich mit dem Mandate-Abbau einverstanden. Die Vertreter im Rechtsausschuß wollen aber erst mit ihren Fraktionen über den Abbau-Modus Rücksprache nehmen. Mit Rücksicht darauf wurde die Aussprache, ohne eine formelle Aufforderung an die Regierung zu richten, geschlossen, doch wurde betont, daß die Frage entschieden weiter verfolgt werden soll.

Nr. 285

Donnerstag, den 8. Dezember

1923

## Geplante Reform des Reichstags-Wahlgesetzes.

Beratungen im Rechtsausschuß über eine Verminderung der Abgeordnetenzahl. — Die englischen Wahlen ein Niederbruch der Konservativen. — Baldwin erledigt? — Pariser Beklemmungen über den Wahlausfall.

Auf allen Gebieten wird vom Reiche Sparsamkeit empfohlen und für die Reichsbetriebe angekündigt. Der in die Wege geleitete Beamtenabbau ist ein Ausfluß der auf Sparsamkeit gerichteten Bestrebungen. Der Rechtsausschuß des Reichstages handelt also nur folgerichtig, wenn er bei erneuter Durchberatung des Reichstagswahlgesetzes auch mit einem

Abbau der Abgeordnetenmandate sich beschäftigt. Deutschland ist ja viel stärker als irgend ein anderer Staat mit den Kosten für Parlamente belastet; weil im Reich noch ein jedes Land und Landteil sein eigenes Parlament besitzt, ein Zustand, der zwar sehr nützlich, nicht aber dem Reiche als solchem nützlich ist. Die Kosten der vielen Parlamente verschlingen einen großen Teil der Steuerkraft. Die Länderparlamente mit ihren allein 1500 Abgeordneten sind ein Luxus, den ein verarmtes Volk, das am Hungertuche nagt, sich überhaupt nicht leisten sollte. Zunächst müssen wir uns jedoch mit diesen Verhältnissen, die der Eigenbrödelerei entsprungen sind, noch abfinden, so unheimlich sie für den Begriff „ein deutsches Volk“ auch sind. Entschieden aber ist die Ansicht zu vertreten, daß unsere Parlamente viel zu umfangreich, deshalb zu schwerfällig und für uns zu kostspielig sind. Im Rechtsausschuß des Reichstages widersprach auch keine Partei außer der Deutschnationalen dem Plane, die Zahl der Abgeordneten herabzumindern. Nur über den Umfang dieses Abbaues herrschte Meinungsverschiedenheit. Reichstagspräsident Böbe hielt die Hälfte der Abgeordneten für genügend. Sein auf dem linken Flügel der SPD stehender Genosse Dittmann brachte einen Antrag ein, wonach künftig auf 80 000 statt auf 90 000 Wähler ein Abgeordneter entfallen — also eine Reduzierung der Mandate um ein Drittel eintreten sollte. Demokraten, Zentrum und D.V.P. sind grundsätzlich mit dem Mandate-Abbau einverstanden. Die Vertreter im Rechtsausschuß wollen aber erst mit ihren Fraktionen über den Abbau-Modus Rücksprache nehmen. Mit Rücksicht darauf wurde die Aussprache, ohne eine formelle Aufforderung an die Regierung zu richten, geschlossen, doch wurde betont, daß die Frage entschieden weiter verfolgt werden soll.

Das Reichstagswahlgesetz soll auch insofern abgeändert werden, als eine Verkürzung der Wahlfrist

geplant ist. Man ist in parlamentarischen Kreisen allgemein der Auffassung, daß wir unter den heutigen Verhältnissen monatelange Wahlkämpfe mit ihrer Zerrützung und vor allem im Hinblick auf die schwere Rückwirkung auf die gesamte politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands noch innen und außen nicht ertragen können.

Die Frage, ob der jetzige Reichstag aufgelöst wird und wie deshalb schon in der Weihnachtszeit mitten im Wahlkampf uns befinden, wird sich heute entscheiden. Wir hoffen die Drahtmeldung über den Ausgang der heutigen Reichstags-Sitzung noch rechtzeitig zu erhalten, da wir das Ergebnis wenigstens noch in einem Teile unserer Auflage bekannt zu geben vermögen. Ueber

### die Geschäftslage nach einer etwaigen Auflösung.

hat gestern der Ältestenausschuß des Reichstages längere Beratungen abgehalten. Wenn bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz die noch an der Zweidrittelmehrheit fehlenden 18 Abgeordneten zur Stelle sind und das Ermächtigungsgesetz angenommen wird, wird sich der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für den Fall der Reichstagsauflösung bleiben noch der Verfassung die Präsidenten des Reichstages in ihren Ämtern, daselbst bleiben der Auswärtige Ausschuss und der Ausschuss zur Wahrnehmung der Interessen des Reichstages (Ueberwachungs-Ausschuß) weiterbestehen. In diesen Ausschüssen vertretenen Abgeordneten behalten ihre Abgeordneteneigenschaften (Immunität usw.) bei. Das Verordnungsrecht, das einzelnen Ausschüssen in der Frage von Tarifen,

Gebühren usw. verliehen worden war, geht mit der Auflösung auf den Ueberwachungs-Ausschuß über. Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse verfallen mit dem Reichstage zusammen der Auflösung, lediglich die wissenschaftlichen Arbeiten des großen Untersuchungsausschusses zur Erforschung der Ursachen des Krieges und des Zusammenbruchs sollen fortgeführt werden.

Während Deutschland noch in Gängen und Gängen über die ungewisse Zukunft schwebt, hat England seine Parliamentswahlen schon hinter sich. Sie bedeuten

eine schwere Niederlage für Baldwin dessen Stütze, die Konservativen, vernichtet geschlagen wurde, während die entschiedenen deutschfreundliche Labour Party (Arbeiterpartei) einen überwältigenden Wahlsieg davongetragen hat und zur zweitstärksten Partei des Unter-

hauses geworden ist, die mit den ebenfalls Deutschland geneigten Liberalen eine so starke Majorität bilden, daß Baldwin nicht mehr lange am englischen Staatsruder sein dürfte.

Das endgültige Wahlergebnis stellt sich wie folgt dar: Konservative 261, Liberale 152, Arbeiterpartei 191, Unabhängige 10.

Die Konservativen haben also 91 Mandate verloren, welche der L. P. und den Liberalen zugute gekommen sind. Die Unabhängigen verloren ein Mandat.

Paris ist natürlich wenig erbaud von dem Ausfalle der englischen Wahlen. Daß die bisherige konservative Mehrheit im Unterhause von der Mittelfrage verschlungen ist, dürfte auch dann nicht ohne entscheidenden Einfluß auf die Beziehungen Englands zu Frankreich bleiben, wenn die Konservativen, die immerhin noch die stärkste Partei des Parlamentes sind, nach einem zu erwartenden Rücktritt Baldwins die Regierungsbildung übernehmen sollten. Sie könnten dies nur mit Hilfe der Liberalen tun, die ihre Bedingungen stellen werden. Aber auch eine Koalition zwischen Liberalen und Labour Party hat alle Aussicht auf ein Zustandekommen. Man rechnet heute in England jedenfalls schon damit, daß

### Lloyd George

Premierminister wird. Lloyd George aber war in letzter Zeit ein erbitterter Gegner Poincares und man wird nun wohl verstehen, weshalb der Ausgang der englischen Wahlen in Paris Gerabeklemmungen hervorruft.

### Keine Rechtskoalition in England.

London, 8. Dez. Der „Daily Mail“ zufolge haben Erkundigungen, die gestern abend von berufener Seite bei Lloyd George eingebracht wurden, ergeben, daß von einer liberal-konservativen Koalition keine Rede sein kann.

### Macdonalds Triumph.

London, 8. Dez. Der Arbeiterführer Macdonald hat gestern an die Arbeiter Groß-Britanniens nachstehenden Aufruf gerichtet: Dieser Tag wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung rot angestrichen werden. Wir sind entschlossen, den gegen uns gerichteten Angriffen entgegen zu treten. Und in dem Augenblick, in dem diese diesen Aufruf an euch richte, sind wir nur durch 73 Sitze von der konservativen Partei getrennt. Die Zukunft hängt von dem Gebrauch ab, den die Partei von ihrem Einflusse machen wird.

### Rücktritt der Thüring. Regierung.

Weimar, 7. Dez. In der heutigen Sitzung des Landtages verließ die Wahl über die Umbildung der Regierung wieder ergebnislos. Die Wahlvor schläge der sozialdemokratischen Fraktion wurden von den bürgerlichen Parteien und Kommunisten mit 21 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Der Staatspräsident hat erklärt, er werde den Rücktritt der Regierung, die die Geschäfte bis zur Neubildung noch weiter zu führen gewillt ist,

## Regierungskrise in Sachsen?

Nach den deutschnationalen und den deutschvolksparteilichen Anfragen im Landtage zu den Enthaltungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über die Vereinbarungen Liebmans mit den Kommunisten kommen jetzt die Demokraten mit einem Schritt, der für das Kabinett rechtlich keine Folgen haben kann. Wie erinnerlich, hat sich Ministerpräsident Reiblich, dessen Kabinett nur mit Unterstützung der Demokraten aufstehen konnte, verpflichtet, einem Verlangen der Demokraten auf seinen Rücktritt nachzukommen. Das würde nach der Verfassung den Rücktritt der gesamten Regierung bedeuten. Von antwortrechtlicher Seite wird uns jetzt mitgeteilt:

Die deutschdemokratische Fraktion des Landtages hat an die sozialdemokratische Fraktion eine Aufforderung zu neuen Verhandlungen gerichtet, in denen auch die Stellung des Ministers Liebmann eine wichtige Rolle spielen wird. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die demokratische Fraktion das Kabinett Reiblich weiterhin unterstützen kann oder nicht. Wie wir von anderer Seite erfahren, werden sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Landesvorstand am Montag mit der wichtigsten Angelegenheit beschäftigen.

### Die Vorgeschichte der „privaten Abrede“ Liebmans.

Nur Vorgeschichte des Liebmann-Abkommens mit den Kommunisten vom 22. März 1923 ist noch erwähnenswert, daß als Voraussetzung im Gesamtplan 1923 über die Reinstellung des 20-Millionen-Fonds für außerordentliche vorübergehende Vollzeitaufnahmen folgendes verfaßt wurde:

„Da mit Rücksicht auf die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage immer noch mit arbeitslosen Unruhen gerechnet werden muß, macht sich die Berechtigung entsprechender Mittel für außerordentliche Vollzeitaufnahmen erforderlich.“

Es sei daran erinnert, daß der Etat unter dem Innenminister Dippold aufgestellt wurde, der zweifellos damals auch an Fülle von Mitteln neidete. Daraus erklärt sich auch die scharfe Stellungnahme, die die Kommunisten bis dahin gegen diesen Sonderfonds eingenommen hatten. Das wurde mit einem Schlag anders, nachdem Liebmann als Ministerpräsident die bekannte Verpflichtung gegenüber den Kommunisten eingegangen war. Am Tage nach dem Geheimabkommen sprach der demokratische Abgeordnete Dr. Dehne im Landtag den Verdacht aus, daß hinter den Rücken eines vorgegangen sei, da die Kommunisten nämlich ihre Zustimmung zu dem 20-Millionen-Fonds aus-

gesprochen hätten. Die Regierung schweigt trotz der demokratischen Aufforderung, sich zu äußern, beharrlich, so daß die bürgerliche Seite geschlossen gegen diesen Fonds stimmt, der nunmehr mit den sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen angenommen wurde.

### Eine Reichstagsinterpellation über das Liebmann-Reiblich-Abkommen.

Den Interpellationen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten im Reichstage über die Enthaltungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ist jetzt eine Interpellation der Deutschnationalen gefolgt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In Nr. 333 und 334 der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 8. und 9. Dezember werden aufsehenerregende Enthaltungen gebracht über eine Vereinbarung des derzeit amtierenden sächsischen Ministers Liebmann mit dem sächsischen kommunistischen Landtagsabgeordneten Reiblich über die Verwendung der Landespolitik. Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut: folgt der den Lesern aus den Veröffentlichungen bereits bekannte Wortlaut. D. Schriftl. Da von rechts her in Sachsen Unruhen nicht zu befürchten waren, so war der Entwurf der Vereinbarung, daß gegenüber Unruhen von links her, wie sie in Sachsen bis zum Einrücken der Reichswehr an der Tagesordnung waren, die friedlich und rechtlich denkenden Kreise des sächsischen Volkes schuldlos gelassen werden sollten. Gemäß dieser Vereinbarung war das sächsische Volkstum bis zum Einrücken der Reichswehr gegenüber Unruhen, Mißhandlungen und anderen schweren Gewaltthatigkeiten auch tatsächlich völlig schuldlos. Die sächsische Regierung hat diese Uebelstände infolge Verlangens des polizeilichen Schutzes offensichtlich beunruhigt. Dagegen hat die sächsische Regierung, wie die Enthaltungen weiterhin ergeben, die Landespolitik und die Volkswirtschaft beunruhigt, verwendet zu einer mit hohem Raffinement durchgeführten Verleumdung der Reichswehr.“

Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt? Will es die Reichsregierung verantworten, daß unbedacht des Verleumdungsabkommens solche von den Kommunisten abgeleitete Minister in Sachsen weiter amtiert, die bereit sind, bei nächster Gelegenheit große Teile des sächsischen Volkes abermals der Willkür der sächsischen Kommunisten preiszugeben und damit den Bürgerkrieg zu entfesseln? Welche Schritte hat die Reichsregierung unternommen gegenüber der sächsischen Regierung anlässlich der Verleumdung der Reichswehr seitens des sächsischen Staates?